

Ostland-Berichte

Reihe B: Wirtschafts-Nachrichten.

Herausgegeben vom Ostland-Institut in Danzig

Inhalt:

Die polnisch-Danziger Zusammenarbeit.
Forderungen polnischer Wirtschaftskreise zur Hebung der Konkurrenzfähigkeit Öbington gegenüber Danzig.
Probleme der polnischen Wirtschaftspolitik.
Die polnisch-russischen Handelsbeziehungen.

Die polnisch-Danziger Zusammenarbeit.

Unter dem Titel „Zur engeren polnisch-Danziger Zusammenarbeit“ veröffentlichte vor kurzem die „Gazeta Handlowa“ eine — zum Teil in polnischer und deutscher Sprache abgefaßte — Sonderbeilage, zu der der Präsident des Danziger Senats, der Hobe Kommissar des Völkerbundes, der Präsident des Danziger Hafenausschusses u. a. Beiträge geliefert hatten. Die Redaktion betonte in ihrem Leitwort, Polen brauche Danzig, und Danzig brauche das polnische Hinterland. Die Verständigung werde beiden Häfen Polens, somit ganz Polen zugutekommen. Während nun in den Beiträgen der verantwortlichen Staatsmänner von beiden Seiten die Bereitschaft zur Zusammenarbeit zum Ausdruck gebracht wird, finden sich allerdings auch gewisse Angriffe gegen Danzig.

So betont z. B. der Handelsrat bei der diplomatischen Vertretung Polens in Danzig, A. Siebeneisen, noch einmal die wirtschaftliche Abhängigkeit Danzigs von seinem polnischen Hinterlande und erklärt, dieses sei von Bedeutung nicht nur für den Hafen, sondern auch für die Danziger Industrie und Landwirtschaft, die hier, z. B. für Zuckerrüben, ein wertvolles Absatzgebiet finden könne. Da sowohl die industrielle wie die landwirtschaftliche Produktion Danzigs seinen Bedarf nicht decken könne, sei Danzig auf die enge Verbindung mit Polen angewiesen. Man habe aber gegenwärtig den Eindruck,

„daß in Danzig gewisse Tendenzen bestehen, die den Zweck haben, sich von dem Warenstrom aus Polen abzugrenzen. Das betrifft vor allem den Umsatz in Agrar- und Viehzuchtprodukten, teilweise den Umsatz gewisser Industrie-Artikel. Eine Reihe von Verordnungen beschränkt den Zustrom polnischer Waren sogar in den Fällen, wo eine entsprechende Produktion in Danzig nicht besteht oder erst künstlich geschaffen zu werden beginnt. Die Freie Stadt beginnt gewisse Tendenzen müssen die... polnisch-Danziger Wirtschaftsbeziehungen stören, müssen geklärt werden, bevor sie ganz unerwünschte Mißverständnisse und Reibungen hervorgerufen können.“

Immerhin sei zu hoffen, daß auch hierüber eine Verständigung erzielt werden würde, nachdem das letzte Jahr bewiesen habe, daß man in grundsätzlichen Fragen durch unmittelbare Verhandlungen zu einer Einigung gelangen konnte!

Anschließend führt Ministerialrat Wollowicz (Industrie- und Handelsministerium) zu der Frage: „Ist eine Danziger Autarkie möglich?“ u. a. aus:

Danzigs Maßnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit hätten u. a. in den letzten Monaten Schwierigkeiten für den Absatz polnischer Agrarprodukte bewirkt.

„Wo der sogenannte Verwaltungsprotektionismus, der auf Mißbrauch der Sanitäts- und Veterinärvorschriften

beruht, nicht Anwendung fand, griffen die Danziger Behörden zu einer anderen Methode... nämlich dem ständigen Aufbau der Gesellschaft: man übte auf die Wirtschaftskreise einen Druck aus, sich in Branchenverbänden zu vereinen, die... ihre Tätigkeit vollkommen den Zielen der Nationalsozialistischen Partei unterordneten.

All das bezweckt, der Bevölkerung ein Maximum an Verdienstmöglichkeiten zu gewähren... die billigere polnische Ware durch das örtliche Produkt zu ersetzen. Die daraus für den Konsumenten folgenden Verluste hofften die Danziger Behörden durch die Entstehung neuer Erwerbsquellen und gerechtere Einkommensverteilung... auszugleichen... Aber für ein relativ so begrenztes Gebiet wie... Danzig ist die Autarkie ganz undenkbar. Wesenszug der Danziger Wirtschaft ist doch nicht die Produktion, sondern der Transit, und zwar der polnische Transit. Selbst wenn es Danzig mit großen Opfern gelänge, sich von dem Warenaustausch mit Polen abzutrennen, bedeutet das vor allem Verzicht auf den Nutzen... aus dem Hinterlande... Man kann unmöglich diese Grundwahrheit übersehen, daher folgt für Danzig die Notwendigkeit, eine Verständigung mit Polen zu suchen.

In der heutigen Krisenzeit, wo jeder Staat... sich mit eigenen Mitteln rettet, kann man es Danzig schwerlich verübeln, daß es neue Produktionszweige errichtet. Es geht aber darum, daß diese Errichtung in wirtschaftlich gerechtfertigtem Rahmen erfolge, daß der Schutz dieser Produktion nicht die Grenzen, die mit Rücksicht auf die Polen und Danzig verbindenden Verträge zulässig sind, überschreite... „

Auch hier wird zum Schluß die Hoffnung ausgesprochen, daß in direkten Verhandlungen eine Verständigung zwischen Danzig und Polen erfolgen werde.

[„Codzienna Gazeta Handlowa“ Nr. 290, 20. 12. 1933.]

Forderungen polnischer Wirtschaftskreise zur Hebung der Konkurrenzfähigkeit Öbington gegenüber Danzig.

Wie schon früher (Nr. 5, S. 21*, Nr. 6, S. 28*) berichtet, fand sofort nach Unterzeichnung der September-Abkommen über die Ausnutzung des Danziger Hafens durch Polen von polnischer Seite verschiedentlich weitere Hilfsmittel für den Öbingtoner Hafen gefordert worden — um die von Danzig erhofften Wirkungen dieser Verträge weitgehend aufzuheben. Dieses Ziel verfolgt auch der nachstehende, kürzlich von der Zeitschrift des „Zentralverbandes der polnischen Industrie“ („Gosiatron“) veröffentlichte Aufsatz, in dem über „Die Bedingungen der Zusammenarbeit der polnischen Häfen angesichts der polnisch-Danziger Verträge“ folgendes ausgeführt wird:

„Das polnisch-Danziger Abkommen vom 5. August d. Js. hat, vervollständigt durch das Protokoll vom 18. September und den ab 1. November gültigen neuen Danziger Hafentarif, die Arbeitsbedingungen für die polnischen Häfen, sowie die Kriterien für die Aufteilung des polnischen Hafenumschlags ganz grundlegend geändert. Die bisherigen Bedingungen kann man dahin definieren, daß sie bezüglich der Höhe der Hafenkosten Öbington, auf dem Gebiet der Organisation... dieses Umschlags Danzig privilegierten. Zweifelloso sind für den Wareneigner die Umschlagskosten und die Organisation dieses Umschlags als Kriterien für die Lenkung der

Ware über diesen oder jenen Hafen — im allgemeinen — gleichmäßig bedeutsam . . . (praktisch aber) beeinflussen sie seine Entscheidung ganz verschieden, und zwar je nach dem Charakter dieses Umschlags bzw. seinen Anforderungen hinsichtlich der technischen Afbertigung, die eine Struktur des Warenumschlags wird das Schergewicht . . . den Kosten des Umschlags beilegen, die andere Struktur — seiner handelsmäßigen Organisation . . . Die Zusammenarbeit der polnischen Häfen . . . hat bei dem Umschlag der einzelnen Güter . . . einmal Danzig, einmal Gdingen privilegiert, und zwar so, daß der Aufschwung Gdingens bei denjenigen Massengütern erfolgte, deren Handel . . . im Inlande konzentriert ist, während über Danzig vornehmlich die Waren gelenkt wurden, die eine . . . dezentralisierte Handelsstruktur aufwiesen und im Hafen eine spezialisierte kaufmännische Organisation erforderten . . . eine solche Arbeitsteilung war . . . durchaus logisch. Über Gdingen ging die Ladung, die im Hafen nur Umschlag und Lagerung verlangte, über Danzig die, die im Hafen Handels- und Kreditorganisation forderte. Die grundlegenden Ladungen Gdingens . . . die gegenüber Danzig . . . dauernden Zuwachs zeigten, also Kohle, Zucker und Holz, waren Ladungen, die exportiert wurden von starken inländischen Handelsorganisationen, die sämtliche Handelstätigkeiten selbst ausübten und im Hafen nur billigen und raschen Umschlag verlangten. Danzig dagegen befriedigte diejenigen . . . Ansprüche des Hinterlandes, für die der Hafen neben dem Umschlag noch andere Fragen zu lösen hatte, nämlich: Ladungen zu sammeln und zusammenzustellen, z. B. bei Getreide, wegen der Zersplitterung des Handels Handelszentrum dieser Ware zu sein usw. Wo die Ladung Vermittler und Großhändler, der Umschlag schnellen und leichten Bankumsatzkredit forderte, wo an erste Stelle . . . nicht der Umschlag, sondern andere Dienste als die des Spediteurs traten, war Danzigs Stellung konkurrenzlos. Bei solcher Tendenz der Umsätze war es klar, daß Danzigs Umschlag . . . mengenmäßig weit langsamer wuchs als der Umschlag Gdingens.

Wesentliche Bedeutung für einen Hafen hat aber nicht die Menge der umgeschlagenen Waren, sondern die Höhe der aus dem Warenumschlag erzielten Gewinne. Hier aber muß ein Vergleich . . . unstrittig zu Danzigs Gunsten ausfallen. Gdingens Einnahmen . . . beschränkten sich fast ausschließlich auf Einnahmen für die technischen Tätigkeiten (Ladung, Lagerung) und . . . die Klärung, Danzigs Einnahmen flossen aus verschiedenen Quellen: . . . für Umschlag und Lagerung, Klärung, . . . verschiedene Arten der Vermittlung, sowie . . . aus dem Handel mit den nach Polen ein- bzw. von Polen ausgeführten Waren.

Die Gleichmäßigkeit . . . ging aber noch weiter. Bis heute übt Danzig gegenüber Gdingen verschiedene, für die Existenz des Gdingener Hafenumschlags ganz grundlegende Tätigkeiten, vor allem die Schiffsbefrachtung aus, in dieser Hinsicht steht Danzig gegenüber Gdingen, wo nur wenige Firmen . . . Befrachtungen ausführen, völlig konkurrenzlos da. Weiter ging die Spezialisierung (bei der Afbertigung von Stückladungen, deren sich Gdingen nicht rühmen kann . . . (dem Ausbau) einer leistungsfähigeren, weil mit stärker ausgebautem Personal geführten Hafenorganisation. Dieser Faktor ist nicht ohne Bedeutung, wenn man bedenkt, daß trotz der bedeutend höheren Hafengebühren die Schiffe bei Option zwischen Danzig oder Gdingen im Falle der Wahl Danzigs . . . die Frachtsätze nicht erhöht haben. Dafür besitzt Gdingen dank des . . . niedrigeren Preisniveaus bessere Bedingungen für die Entwicklung einer Hafenindustrie.

. . . Danzig war trotz des weit billigeren Umschlags in Gdingen diesem gegenüber durchaus, wenn gleich in anderem Sinne, privilegiert. Dabei entsprach die privilegierte Stellung beider Häfen ihren verschiedenen natürlichen Bedingungen, die Billigkeit des Umschlags in Gdingen entsprach dem Niveau der polnischen gegenüber den Danziger Preisen, dem Lebensstandard des polnischen gegenüber dem Danziger Hafenarbeiter.

Das . . . Protokoll vom 18. September zählt die Mengen der einzelnen Waren auf, die im kommenden Jahre im Danziger Hafen umgeschlagen werden sollen. Es entsteht die Frage, ob und in welchem Sinne das Protokoll die Kriterien für die Verteilung des Umschlags auf die zwei polnischen Häfen ändert. Wie aus dem . . . Vergleich der im Protokoll angegebenen Mengen mit dem Umschlag Danzigs in der Zeit vom Juli 1932 bis Juni 1933 folgt, entsprechen diese Mengen allgemein dem Umschlag dieser Zeit . . . Angesichts der sinkenden Tendenz des Danziger Umschlags seit 1932 ist die Bestimmung des Protokolls über die Mindestumschlagsmengen Danzig günstig. Denn der Rückgang des Danziger Umschlags in diesen zwei Jahren hat zwei Arten von Waren erfaßt: Waren, die in Gdingen bessere Bedingungen antraten, folglich nach Gdingen abwanderten bzw. in Danzig zurückgingen, in Gdingen jedoch unverändert blieben; ferner Waren, die in Danzig infolge des allgemeinen Sinkens der polnischen Umsätze zurückgingen, für die jedoch Danzig in jeder Hinsicht ein weit besserer Umschlagshafen als Gdingen war.

Im Jahre 1932, als Polens See-Umsatz in größerem Umfang zu sinken begann, war die Arbeitsteilung der polnischen Häfen . . . noch in vollem Gange; daß aber Gdingen Massengüter, Danzig vornehmlich den veredelten Umschlag — dazu komplizierter Handelsstruktur — anzog, kam natürlich in schnellerem Wachstum des Umschlags Gdingens . . . zum Ausdruck. Dafür hatte Danzig höhere Einnahmen aus seinem Umschlag.

Daher ist das Protokoll . . . vor allem anzusehen als zeitweilige Einstellung der Verteilung der Arbeit der polnischen Häfen für die nächste Zeit, da der Umschlag bei den Produkten, für die Danzig natürlicher Umschlagspunkt war, infolge der Krise erheblich sinkt und es darauf ankommt, die weitere Arbeitsteilung bis zu dem Augenblick zurückzuhalten, wo die Höhe des Danziger Umschlags bei den Waren, die seine Spezialität darstellen, die Grundlage bietet, um den Prozeß der Arbeitsteilung fortzusetzen, ohne den Umschlag des einen wie des anderen polnischen Hafens zu vermindern.

Die Bestimmungen des Protokolls schließen für eine gewisse Zeit die Steigerung des Umschlags Gdingens aus . . . Wenn aber solche Einstellung des Zuwachses erfolgt, so ist festzustellen, daß sie bei der heutigen . . . Ungleichheit der Hafenstrukturen Danzigs und Gdingens künstlich ist. Selbstverständlich wird diese Folgerung nicht ausgesprochen, um darzulegen, daß . . . das, was Danzig durch das Protokoll erlangt hat, ihm nicht gebührt. Im Gegenteil ist die gleichmäßige Ausnutzung beider polnischer Häfen unbedingt ein richtiges Postulat, und niemand darf dagegen auftreten, falls nicht die Danziger Seite aus außerwirtschaftlichen Motiven Grund dazu bietet. Es geht nur darum, daß diese Gleichmäßigkeit durch die Bedingungen der beiden Häfen diktiert sei. Wenn also heute für die Dauer eines Jahres die Arbeitsdifferenzierung der polnischen Häfen eingestellt wurde, so ist das solange als zweckmäßig anzusehen, solange die schwierige Wirtschaftslage und das Sinken der polnischen Hafenumsätze die Waren, deren natürlicher Umschlagspunkt Danzig ist, stärker treffen als die Waren, für die der natürliche Umschlagspunkt Gdingen ist. Mit dem Augenblick, wo diese Bedingungen zu wirken aufhören, muß weitere Spezialisierung der polnischen Häfen ermöglicht werden, vor allem im Interesse des polnischen Umschlags, der bei einigen Waren besser durch Gdingen, bei andern besser durch Danzig bedient wird, weiter, weil nur eine gut organisierte Arbeitsteilung . . . Danzig wie Gdingen eine genügend leistungsfähige Umschlagsorganisation wird ermöglichen können . . .

Eine weitere und zweifellos wichtigste Folge der polnisch-Danziger Verträge . . . ist die Senkung der Danziger Hafengebühren auf das Niveau Gdingens und die — teil-

weise schon erfüllte — Verpflichtung des Senats der Freien Stadt Danzig, die Danziger Umschlagskosten, vor allem . . . die Stauerseätze . . . zu senken. Hier ist . . . zu betonen: das Abkommen vom 5. August, sowie das Protokoll vom 18. September stellen ausdrücklich fest, daß die Existenz Gdingens für Polens Seemssätze eine Notwendigkeit ist, und daß es das Streben dieser Verträge ist, die Bedingungen des Danziger Hafens den Ansprüchen des polnischen Umschlages anzupassen. Diese Anpassung betrifft in erster Linie die Frage der Hafengebühren . . . Angesichts der hohen Hafengebühren Danzigs mußten selbstverständlich die Mühen der polnischen Kaufleute dahin gehen, in Gdingen solche organisatorischen Bedingungen zu schaffen, daß sie für die Waren, die bis heute Danzigs Spezialität bilden, den Umschlag . . . ordentlich erledigen könnten. Diese Mühen haben bisher entscheidende Resultate noch nicht gebracht. Das polnisch-Danziger Abkommen sichert dem Übersee-Umsatz Polens, der wegen seiner organisatorischen Eigenheiten Danzigs Spezialität ist, bessere Umschlagsmöglichkeiten als in Gdingen. In diesem Sinne ist die Senkung der Danziger Hafengebühren eine große Erleichterung für die Kaufmannschaft und die Übersee-Umsätze Polens . . . Jetzt geht es nur darum, daß die Senkung der Hafengebühren und der Umschlagskosten nicht die Ablenkung von Waren, die bisher Gdingens Spezialität waren, nach Danzig bewirken wird. Diese Erscheinung wäre in höchstem Grade unerwünscht.

In dieser Hinsicht besteht eine große Gefahr, und man muß sich von vornherein über ihre Bedeutung wie ihre Folgen klar werden. Während die Senkung der Hafengebühren in Danzig für die Waren, die seine Spezialität sind, unstrittig . . . begründet ist, falls die Gewißheit besteht, daß Danzig seine Aufgaben gegenüber Polen loyal auftritt, wären ebenso — falls diese Senkung . . . eine Konkurrenz Gdingens mit Danzig bewirken würde — ihre Ergebnisse für Polens Umsätze nicht unbedingt günstig. Zwar ist es zweifelhaft, ob es Danzig zuzurechnen wird, seine Hafenkosten überall auf das Niveau Gdingens . . . zu senken, aber bei den heutigen Bedingungen kann eine Senkung auch nur der Hafengebühren auf diesen Stand bei einer gewissen Senkung der Stauerseätze bewirken, daß die Mehrzahl der Ladungen, die Gdingens Spezialität bilden, nach Danzig übergeht. Gdingen würde dann der Sturz auf die Rolle des Hilfshafens drohen. Eine solche Möglichkeit liegt vor, weil die Organisation des Danziger Hafens in jedem Falle höher steht als die Organisation Gdingens. Danzig ist ein alter Hafen mit entwickeltem Handel, Konsulaten und musterhaft aufgebautem Apparat der Hafen- und Zollbehörden. In Gdingen dagegen zeigt die Hafenverwaltung weiterhin große Mängel trotz bester Mühen . . . der Verwaltungsbehörden . . . Grundsätzlich Mangel Gdingens ist der Mangel an Verwaltungspersonal. Bekanntlich ist die Verwaltung Gdingens Staatsinstitution, und die Pläne einer Kommerzialisierung des Hafens haben bisher keine sichtbaren Resultate geliefert. Im gegenwärtigen Augenblick hat Danzig zur Erledigung eines ähnlichen Umschlages einen weit höheren Etat von Verwaltungs- und Zollbeamten, höhere Propagandafonds und schließlich eine komplette Hafengesetzgebung. In dieser Hinsicht ist Gdingen noch nicht vollständig mit Danzig zu vergleichen. Die Wirkung dieser Unterschiede ist derart, daß bei Senkung der Hafengebühren Danzigs auf das Niveau Gdingens für einlaufende Schiffe Danzig der weit verlockendere Hafen ist. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Disproportion . . . Differenzierung der Seefrachten nach Danzig und Gdingen bewirken wird. Wenn die Bedingungen, die Gdingens Privilegierung gegenüber Danzig bewirkten und die Arbeitsteilung der polnischen Häfen normierten, ausgeglichen wurden, ist es notwendig, daß mindestens bei den Waren, die Gdingens Spezialität bildeten, es auf Danzigs Niveau gehoben wird. Andernfalls wird nicht die Rede sein von einer Zusammenarbeit der polnischen Häfen, sondern von schwerem Kampf Gdingens um die Be-

wahrung seiner bisherigen Ladungen . . . Die Hafeninteressenten Gdingens . . . können verlangen, daß die Abfertigung der Waren hier genau so ordentlich erfolge wie in Danzig. Wird also darauf geachtet, daß die organisatorischen Bedingungen Gdingens bezüglich des Ausbaues seiner Verwaltung sowie . . . der Konsulate, der Zollbehörden usw. auf Danzigs Niveau gehoben werden, so sind die Ergebnisse der polnisch-Danziger Verträge für Polens Warenumsätze wie für die Arbeitsteilung der polnischen Häfen auf lange Sicht als günstig anzusehen.

Eine besondere Frage bildet das Problem der Deckung der Ausgaben des Hafenausschusses bei der Senkung der Hafengebühren, sowie die Frage, wie der Senat der Freien Stadt Danzig die Senkung der Stauerseätze wird durchführen können . . . Letztere Aufgabe ist bei den gegenwärtigen Danziger Verhältnissen zweifellos erleichtert. Die Notwendigkeit, mit dem Hafensanitätsrat zu rechnen, verschwindet als ein die Tätigkeit des Senats erschwerender Faktor vollkommen. Der Senat der Freien Stadt Danzig hat sich . . . verpflichtet: 1. den zehnprozentigen Zuschlag zu den Stauerseätzen zu beseitigen, 2. die Umschlagskosten für Fichtenbretter auf das Niveau Gdingens . . . zu senken, 3. die Umschlagskosten für Erze zu senken, was zusammen mit der Ermäßigung der Krangebühren eine Ersparnis von 0,50 Zloty pro to ergibt.

Wie ersichtlich, ist das Schwerkgewicht des Problems der Verbilligung Danzigs auf die Gebühren des Hafenausschusses gelegt worden, also vor allem auf die Ausgaben von Schiffen, Kränen und Lagern. Die Aufgaben des Senats der Freien Stadt Danzig . . . beschränken sich auf die Senkung der gegenwärtigen Stauerseätze um 10 %, auf die Senkung der Umschlagskosten für Fichtenbretter und Erze. Hier berühren die Aufgaben, die die Freie Stadt zu erfüllen hat, die Interessen Gdingens nicht. Die Senkung der Stauerseätze sowie der Umschlagskosten für Erze und Holz kann für den polnischen Kaufmann nur vorteilhaft sein.

Zusammenfassend ist festzustellen: Die polnisch-Danziger Verträge sind durch die Senkung der Danziger Hafenkosten . . . unbedingt ein Schritt vorwärts, sofern es sich um die Konkurrenzskraft der polnischen Ware handelt. Unter der Voraussetzung, daß Gdingens Organisationsstand gehoben und eine entsprechende Verteilungspolitik getrieben wird, werden diese Abkommen gesunde Grundlagen für die Zusammenarbeit der polnischen Häfen schaffen. Dabei sind die gegenwärtig verbindlichen Mindestumschlagsmengen als vorübergehend anzusehen, solange als der Umschlag der Waren, die Danzigs Spezialität sind, wegen der schweren allgemeinen Wirtschaftslage stärker sinkt als der Umschlag der Waren, die Gdingens Spezialität bilden. Doch ist zu betonen, daß angesichts der im Verhältnis Gdingens zu Danzig durchgeführten Wandlungen im Interesse gehöriger Ausnutzung beider Häfen Gdingen in gewisser Hinsicht einen besonderen Schatz erfordert wird, und zwar durch Steigerung seines Organisationsapparates bei der Hafenverwaltung wie bei der Handelsorganisation. Hier muß die Vervollkommenung Gdingens besonders dahin gehen, seine bisherigen Massenladungen (Kohle, Zucker, Thomasmehl, Baumwolle usw.) zu erhalten, d. h. die Ladungen, für die Gdingen dank seiner technischen Ausrüstung speziell vorbereitet ist . . . sowie die Transitladungen.

Schließlich eine Bemerkung grundsätzlicher Bedeutung. Die gegenwärtige Regelung . . . durch die vor allem der polnische Kaufmann gewonnen hat, ist solange ein Gewinn für ihn, solange Danzig guten Willen zur Zusammenarbeit beweisen wird. Erschwerungen für den polnischen Handel in Danzig, z. B. in Form des Verbots der Gründung neuer Firmen oder der Einführung von Zwangsinstituten und unentfernbarer „Vertrauensmänner“ der herrschenden Partei bei den einzelnen Firmen können nicht als ein den Umschlag fördernder Faktor angesehen werden. Ähnlich das Arbeitsverbot für polnische Angestellte . . .

Während . . . die Verständigung über die Verbilligung Danzigs günstige Ergebnisse für die Umsätze Polens gezeitigt hat,

schwächen diese inneren Verordnungen die Ergebnisse bedeutend ab. Und daher scheint es, daß eine gehörige Ausnutzung des Danziger Hafens für das polnische Hinterland erst dann möglich sein wird, wenn der polnische Kaufmann nicht nur billigen Umschlag, sondern auch die Möglichkeit selbständigen Kontakts im Hafen vorfinden wird. Diese Bedingungen sind gegenwärtig noch nicht vorhanden."

Beigelegt ist eine Liste der Danzig zugelassenen Umschlagskontingente, denen die Zahlen des Danziger Umschlages in der Zeit vom 1. 7. 1932 bis 30. 6. 1933 gegenübergestellt sind (übereinstimmend mit der Aufstellung in Nr. 2, S. 6*).

[A. Jafowiecki; in: „Przegląd Gospodarczy" Nr. 24 (15. 12. 1933), S. 886—889.]

Probleme der polnischen Wirtschaftspolitik.

Zu der Frage der allgemeinen Ausrichtung der polnischen Wirtschaftspolitik brachte kürzlich die offiziöse „Gazeta Polska" — als Diskussionsgrundlage — einen Aufsatz folgenden Inhalts: Polens wirtschaftliche Infrastruktur schreite zwar gut vorwärts, sei aber noch lange nicht beendet, weil die Sparen 150-jähriger Zugehörigkeit der einzelnen Teilgebiete zu drei verschiedenen Wirtschaftskreisen nicht leicht zu beseitigen seien. Jedes der Teilgebiete habe seine — natürlichen und erworbenen — Besonderheiten: Kongreßpolen die Textil- und Metallindustrie, Brennereien, Zuckerraffinerien usw., Galizien Salz und Naphtha, die Ostgebiete Holz und Flach, Oberschlesien Kohle und Häutenprodukte, Posen und Pommerellen landwirtschaftliche Industrie. Nicht zu vergessen sei Danzig, das im Wirtschaftsleben Polens, vor allem Pommerellens, eine große Rolle spiele. Dabei zeigten sich die Besonderheiten der Teilgebiete nicht nur bei ihrer materiellen Ausrichtung, sondern auch in der Pösch der Bewohner. Zunächst seien die einzelnen Teilgebiete nahezu unverändert geblieben, weil bei dem Wiederaufbau keine Produktionsstätte überflüssig gewesen sei. Die Schwierigkeiten seien erst mit der fortschreitenden Festschüttung des Staates deutlich geworden, u. a. habe die polnische Staatsbahn miderstrebende Interessen einzelner Teilgebiete berücksichtigen sollen. Bei der Rückgang des Konsums in der Zeit der Krise habe sich z. B. gezeigt, daß Polen über zu viele Brennereien verfüge, so daß sich die Frage erheben habe,

„ob nicht . . . die westpolnischen Wirtschaften sich leichter ohne Brennereien zu helfen wissen als die zentral- und ostpolnischen Wirtschaften, die . . . auf leichten, armen Böden arbeiten. Es wurde nicht gestattet, daß die Zuckerfabriken des früheren Kongreßpolens von den Fabriken des ehemals preussischen Teilgebietes majorisiert wurden, vielmehr diese gezwungen, ersteren zu helfen. Das geschah allein im Interesse der örtlichen Landwirtschaft auf Kosten des Konsumenten in ganz Polen. Bei Getreide ging die Politik des Staates umgekehrt vor: sowohl die Aktion der Staatlichen Getreidewerke wie die Exportprämien bedenkten vor allem . . . die Landwirtschaft des früher preussischen Teilgebietes. Die Flachspolitik hat bis vor kurzem das Winlagegebiet begünstigt . . . Dagegen hat bezüglich der Textilindustrie der Staat sein Desinteressement erklärt und nichts dagegen gehabt, daß Bieleitz und Umgegend zu Wort kam, daß der polnischen Nachkriegswirtschaft unangepaßte Löhne schwächer wurde. Die schlesische Kohle wird bei dem Export begünstigt, die Dabrowa-Kohle bei der Versorgung des Binnenmarktes, die Krakauer bei der Beförderung der Bahnen. Die Kohle im allgemeinen tritt — unter dem Druck des Staates — hinter Naphtha, das mit großen Opfern . . . geschützt wird, zurück.

Beispiele regionaler Wirtschaftspolitik . . . könnte man viel mehr anführen . . . doch handelt es sich hier um die Motive und Kriterien dieser Maßnahmen . . . Während nun die Kriterien für die regionale Entfaltung neuer Zentren oder Zentren einfach und klar sind, ist . . . das Manövrieren mit erteilten Teilgebietsunterschieden unklar und kompliziert. In der vom Staat gegenüber Gdinen angewandten Fürsorge,

der Schaffung des strategischen Sicherheitsdreiecks, der Verteilung der Baion- und Leinenfabriken sehen wir deutlich die Tendenz bewußter Verbindung . . . mit lokalen Ausnahmehandbedingungen oder gleichmäßiger Industrialisierung agrarischer Gebiete, ohne Rücksicht auf ein Teilgebiet. Doch ist zu sagen, daß bei . . . der allmählichen Nivellierung der Teilgebietsunterschiede und -besonderheiten eine Revision der Punkte unserer Wirtschaftspolitik, die diese Unterschiede . . . stabilisieren und betonen, anzustreben ist . . . Immer weniger berechtigt ist eine Politik, die z. B. beim Getreideexport den Nachdruck auf das früher preussische Teilgebiet legt, dagegen die übrigen Teilgebiete unbeachtet läßt, die in Pommerellen den Bau von Exportelevatoren unterstützen, dagegen nicht den Bau gewöhnlicher Elevatoren in Kongreßpolen und Galizien, die sich seit vielen Jahrzehnten nicht zur Modernisierung ihres Handels mit Agrarprodukten aufrufen konnten, die kostspielige Naphthaabfuhrungen . . . in Galizien forciert, aber den Fortschritt der Untersuchungsarbeiten . . . in den anderen Teilgebieten hemmt, die Entfaltung der Industrie der Kohlen-derivate . . . hindert, obwohl Naphtha teuer und der Erschöpfung nahe ist.

Es scheint, daß die Wirtschaftspolitik die Teilgebietsunterschiede nicht stabilisieren kann und darf, sondern im Gegenteil diese Unterschiede vorsichtig und allmählich, aber konsequent verwischen muß. Das ist nicht einfach, wenn man Erschütterungen (z. B. Schließung der Hälfte aller Zuckerraffinerien) oder überhaupt Unsinn (Maisanbau bei Bromberg) vermeiden will. Einerseits kann man nicht die Verschiedenheit der natürlichen Bedingungen . . . über einen Leisten schlagen, andererseits — nicht die strategischen Momente außer acht lassen, die eine übermäßige Zentralisierung, aber auch übermäßige Zersplitterung, besonders an der äußersten Peripherie, zu vermeiden gebieten."

[„Gazeta Polska" Nr. 348, 17. 12. 1933.]

Die polnisch-russischen Handelsbeziehungen.

Die (in dem Bericht 1933, Nr. 7/8, S. 33*, geführte) Enttäuschung über die erfolglose Reise der polnischen Handelsdelegation nach Smolensburg ist der Inhalt weiterer Zeitungsstimmen („Głos Narodu", Krakau Nr. 330, 16. 12. 1933; „J. R. G." Nr. 340, 17. 12. 1933), deren eine („Gazeta Warszawska" Nr. 380, 20. 12. 1933) zu folgendem Schluß gelangt:

„. . . für die, die Luftschiffser bauten, indem sie ihre Rechnungen auf den russischen Export stützten, ergab sich völlige Enttäuschung. Diese Hoffnungen stürzten bei der ersten Berührung mit der Wirklichkeit zusammen. Für diejenigen aber, die sich wohl über die Unwirklichkeit eines Massenexports nach Rußland klar waren und die Reise der Delegation mehr als einen Versuch zur . . . Auslandspropaganda für unsere Handwerksproduktion ansahen, hat die Lage keine Änderung erfahren.

Wie früher, stellen wir mit aller Entschiedenheit fest, daß die erste Aufgabe des polnischen Handwerks die völlige Beherrschung und Bewahrung unseres Binnenmarktes und seine Verteidigung vor der Überschwemmung mit Auslandswaren ist. Das sind die wichtigsten Postulate nicht nur des polnischen Schuhmachers, sondern aller Handwerker, das Grundproblem des Handwerks, seine Existenzfrage. Größere Bedeutung als ein zweifelhafter Export hat für uns die Frage des nach Polen eingeführten Auslandsschuhwerks, größere Bedeutung auch die Hemmung übermäßiger Mechanisierung der Schuhfabrikation . . .

. . . nichts hat sich wegen des Fehlschlags der Hoffnungen gewisser Personen auf einen Export nach Rußland geändert. Er ist wie früher in der Sphäre fernabsehbarer Möglichkeiten geblieben, vor uns aber stehen wie bisher dieselben Ziele und Pflichten zur Verteidigung des Handwerks im Inlande und Erhaltung unserer Arbeitsstätten."